Nicole Kramer

Haushalt, Betrieb, Ehrenamt

Zu den verschiedenen Dimensionen der Frauenarbeit im Dritten Reich

Frauenarbeit lässt sich nicht auf Erwerbsarbeit reduzieren. Der Blick auf den weiblichen Teil der Bevölkerung lenkt die Aufmerksamkeit ebenso auf Haus- und Familienarbeit wie auf außerhäusliche unbezahlte Arbeit – z. B. ehrenamtliche Tätigkeiten oder Dienste.

Im Zentrum des Beitrags steht die Entwicklung der Frauenarbeit im Dritten Reich, wobei Lohn- ebenso wie Haus- und Familienarbeit in die Betrachtung einbezogen werden. Die Zeit des Nationalsozialismus bietet insofern ein vielversprechendes Untersuchungsfeld, als in der Theorie nicht Gelderwerb und Mehrung materieller Werte als Zweck der Arbeit galten, sondern der Nutzen für die ‚Volksgemeinschaft‘. Dies förderte – zumindest propagandistisch – eine Aufwertung nichtbezahlter Tätigkeiten.¹

Die Frauenerwerbsarbeit im Dritten Reich war ein zentrales Forschungsfeld der Frauengeschichtsschreibung, die nach den Mechanismen und Strukturen der patriarchalischen Unterdrückung von Frauen und Arbeitern fragte.² Mit der Weiterentwicklung zur Geschlechtergeschichte blieb dieser Schwerpunkt zwar erhalten, doch der Deutungsrahmen verschob sich merklich. Die Aufmerksamkeit richtet sich nicht mehr nur noch auf die Industriearbeit sondern auch auf Angestelltenberufe, Landwirtschaft und den Dienstleistungssektor.³ Weibliche Erwerbsarbeit thematisierte vor allem auch die Täterinnen-Forschung, die zwar zuerst nach der Beteiligung an den nationalsozialistischen Verbrechen fragt, aber häufig Auskunft über berufliche Ausbildung, Rekrutierung, Arbeitsbedingungen und Karrierewege von Frauen gibt.⁴

¹ Zur nationalsozialistischen Arbeitsauffassung siehe den Beitrag von Michael Wildt in diesem Band.

² Vor allem: Dörte Winkler, *Frauenarbeit im Dritten Reich*, Hamburg 1977; Stefan Bajohr, *Die Hälfte der Fabrik. Geschichte der Frauenarbeit in Deutschland 1914–1945*, Marburg 1979.

³ Wiebke Liesner, *„Hüterinnen der Nation“*. Hebammen im Nationalsozialismus, Frankfurt a.M. 2006; Helene Albers, *Zwischen Hof, Haushalt und Familie: Bäuerinnen in Westfalen-Lippe (1920–1960)*, Paderborn 2001.

⁴ Jutta Mühlenberg, *Das SS-Helferinnenkorps. Ausbildung, Einsatz und Entnazifizierung der weiblichen Angehörigen der Waffen-SS 1942–1949*, Hamburg 2010; Elissa Mailänder-Koslov,

Der Zugang zum Thema der Frauenarbeit im Dritten Reich war seit jeher auch immer ein herrschaftsgeschichtlicher, d.h. die Frage, welche Haltung des Regimes gegenüber Frauen – und umgekehrt – sich hierin widerspiegelte, stand im Zentrum. Der Primat des Politischen drückte sich in der Deutung der Verdrängung aus dem Arbeitsmarkt als Unterdrückung von Frauen aus, die diese zu Opfern im Nationalsozialismus machte. Die Weigerung vieler Frauen, den Dienstverpflichtungen im Krieg nachzukommen, lasen Forscher und Forscherinnen durchaus unterschiedlich: Die einen als Beispiel für die Privilegierung bürgerlicher Schichten, die sich der Arbeitspflicht entziehen konnten, die anderen als Beleg für die Distanzierung innerhalb der weiblichen Bevölkerung gegen die nationalsozialistischen Mobilisierungsansprüche und damit auch gegen das NS-Regime.

In meinem Beitrag werden die herrschaftsgeschichtlichen Fragestellungen und Schlussfolgerungen zunächst einmal zurückgestellt, um den gesellschaftsgeschichtlichen Zugang zu stärken. Welche Vorstellungen über weibliche Erwerbstätigkeit existierten im Dritten Reich? Welche Instrumente gab es, um das Erwerbsverhalten von Frauen zu steuern? Wie und warum veränderten sich Arbeitsbedingungen und Berufsfelder? Welche Rolle spielte die Berufsausbildung? Trug die Politik der NS-Führung zur Stärkung des Nur-Hausfrauenmodells bei? Diese Fragen sollen in vier Schritten behandelt werden, wobei erstens die Entwicklung von Berufsfeldern beleuchtet wird. Zweitens gilt es, die Merkmale weiblicher Erwerbsarbeit und die Sonderstellung der Frau im Arbeitsleben herauszuarbeiten. Drittens geht es um die Professionalisierung und Entprivatisierung der Haus- und Familienarbeit. Schließlich wird sich das letzte Kapitel mit den teils ambivalenten Wirkungen des Zweiten Weltkriegs auf die Frauenarbeit beschäftigen und dabei das für die Kriegsgesellschaft charakteristische Feld der unbezahlten ehrenamtlichen Tätigkeiten beleuchten.

1 Erwerbstätigkeit von Frauen: Leitbilder, Berufsfelder und Restriktionen

Auf die Frage, ob Frauen erwerbstätig sein sollten, gaben führende Nationalsozialisten unterschiedliche Antworten. Häufig wird Hitlers Rede am 8. September 1934 vor der NS-Frauenschaft herangezogen, um die Vorstellungen über die

Gewalt im Dienstalltag. Die SS-Aufseherinnen des Konzentrations- und Vernichtungslagers Majdanek, Hamburg 2009.

Rolle der Frau im Nationalsozialismus nachzuzeichnen. Hitler wies dort beiden Geschlechtern unterschiedliche, sich ergänzende Aufgabenbereiche zu. Während der Mann sein Tun in den Dienst des Staates und der Gemeinschaft stellen sollte, sah er die Frauen auf ihre Familie, ihre Kinder und das Haus verpflichtet. Eine klare Linie zur Frauenerwerbstätigkeit lässt sich aus dem Gesprochenen nicht ableiten. Er lehnte die Frauenemanzipation, die er als jüdische Idee bezeichnete, ab, sprach jedoch von einer „nationalsozialistischen Frauenbewegung“, deren Leistungen er lobte.⁵ Nicht nur Hausfrauen und Mütter konnten sich anerkannt fühlen, sondern zumindest auch diejenige, die in NS-Organisationen aktiv waren.⁶

Die Verdrängung von Frauen aus dem Erwerbsleben war weder ein zentrales noch dauerhaftes Ziel nationalsozialistischer Arbeitsmarktpolitik. Zwar gab es Maßnahmen wie das Ehestandsdarlehen oder die Doppelverdienerkampagne, die dies nahelegten. Doch bei näherem Hinschauen zeigt sich, dass diese sozialpolitische Finanzleistung noch in ganz andere Richtungen, in eine konsum- und eine bevölkerungspolitische, zielte.⁷

Lohnarbeit diene auch als Grundlage der Erfassung in NS-Organisationen. Als Leiterin des Frauenamtes der Deutschen Arbeitsfront hatte die Reichsfrauenführerin Gertrud Scholtz-Klink auch als die Vertreterin der erwerbstätigen „Volksgenossinnen“ zu handeln. Das Frauenamt hatte nicht nur ein Auge auf die Einhaltung von Sondervorschriften für die Anstellung von Frauen. Ein wichtiges Thema waren zudem Lohnungleichheiten zwischen Männern und Frauen, gegen die es bei den Treuhändern der Arbeit vorzugehen versuchte.⁸

Erwerbstätige Frauen fühlten sich vom Nationalsozialismus angesprochen, und der Arbeitsplatz war oft ein Ort, an dem sie mit nationalsozialistischen Vertretern und deren Ideen in Berührung kamen. Beispiele hierfür finden sich in einer Sammlung von Lebensberichten, die der Politikwissenschaftler Theodore Abel für sein Buch „Why Hitler came into power“ durch ein Preisausschreiben erhalten hatte. 680 Männer, aber nur 48 Frauen nahmen daran teil.⁹

5 Rede Hitlers vor NS-Frauenschaft vom 8.9.1934, in: Völkischer Beobachter Nr. 253 vom 10.9.1934, abgedruckt in: Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen. Teil 1: Triumph, Bd. I: 1932–1934, 4. Aufl. Leonberg, 1988. S. 343–464.

6 Ansprache „Appell an die Nation“ vom Juli 1932, in: Domarus, Reden, S. 57–168.

7 Siehe den Aufsatz von Detlev Humann in diesem Band.

8 Z. B.: Akten der Parteikanzlei, Regest 21799, Bl. 6701–6703, Tätigkeitsbericht des Frauenamtes der DAF für Oktober 1936 vom 12.11.1936.

9 Theodore Fred Abel, How Hitler came into power?, New York 1938, S. 2–5. Geographisch liegt großes Gewicht auf Berlin (30 % der Zuschriften).

Während die Frauen von Begeisterung und Engagement für den Nationalsozialismus berichteten, erfährt man fast beiläufig Einzelheiten ihres beruflichen Werdegangs. Gertrud M. hatte eine Lehre als kaufmännische Angestellte absolviert und musste nach der Scheidung von ihrem Mann ins Berufsleben zurückkehren, um sich und ihren Sohn zu ernähren. Sie arbeitete in einem Berliner Amtsgericht, wo sie – nach eigener Aussage – durch den Eintritt in die NSDAP jedoch entlassen wurde. Zunächst „erwerbslos, eingereiht ins Millionenheer“ fand sie nach der Machtübernahme 1933 wieder eine Anstellung im Büro.¹⁰

Für andere Frauen bedeutete die Machtübernahme 1933 jedoch eher ein Ende ihrer Berufsausübung und Karrieren. Die NS-Führung zielte mit ihren beruflichen Beschränkungen vor allem auf Akademikerinnen im Staatsdienst. Im August 1936 wies Hitler an, Frauen nicht mehr als Richterinnen, Staats- und Rechtsanwältinnen zuzulassen (eine solche Laufbahn war für Juristinnen ohnehin erst seit 1922 möglich). Zwar konnten sie weiterhin am Vorbereitungsdienst teilnehmen, danach stand ihnen aber nur noch der Weg in die Verwaltung offen. Erst während des Krieges sollten diese Beschränkungen teilweise wieder aufgehoben werden, um Personalengpässe zu beheben, was sich allerdings als schwierig herausstellte, denn angesichts schlechter beruflicher Aussichten fehlte es an weiblichem Nachwuchs.¹¹ Jennifer Walcoff hat jedoch darauf hingewiesen, dass Juraabsolventinnen nach 1936 verstärkt Karriere in Wohlfahrts- und Arbeitsämtern, vor allem aber auch in NS-Organisationen machten. Eine führende Vertreterin der NS-Frauenschaft, Ilse Eben-Servaes, selbst ausgebildete Juristin und in der Funktion einer Rechtsreferentin tätig, hatte erreicht, dass Gerichtsreferentinnen die Reichsfrauenführung und ihre Gaufrauenschaftsleitungen als Ausbildungsstationen wählen konnten.¹²

1933 schlossen sich zwar einige beruflichen Wege für Frauen, andere wurden jedoch gleichzeitig eröffnet. Wie nah dies beieinander lag, lässt sich für die Bibliothekarinnen rekonstruieren: Seit der nationalsozialistischen Machtübernahme war es für Frauen schwierig, als wissenschaftliche Bibliothekarin im höheren Dienst z. B. in Staats- und Universitätsbibliotheken zu arbeiten. Bibliotheksdirektoren übergaben Bewerberinnen bei der Vergabe von Volontariaten,

¹⁰ Hoover Institution Archives, Theodor Fred Abel Papers, Bericht „Mein Lebenslauf“ von Gertrud M. geb. 1887 vom 8.8.1934.

¹¹ Lothar Gruchmann, *Justiz im Dritte Reich. 1933–1940. Anpassung und Unterwerfung in die Ära Gürtner*, 3. Aufl. München 2001, S. 318–319.

¹² Jennifer E. Walcoff, *Von der Staatsbürgerin zur „Volksbürgerin“*. Der Disput um die Rechtsstellung der Frau, in: Sybille Steinbacher (Hrsg.), *Volksgenossinnen. Frauen in der NS-Volksgemeinschaft*, Göttingen 2009, S. 48–68, hier S. 63–64.

die Ausbildungszahlen sanken im Vergleich zu denen der Männer.¹³ Frauen wurden aber nicht aus dem Bibliothekswesen verdrängt, vielmehr stieg die Zahl der Volksbibliothekarinnen erheblich. Zum einen wurde dieser Zweig im Nationalsozialismus ausgebaut, zum anderen unterstellte man den Frauen (bereits zu Zeiten der Weimarer Republik) eine besondere Eignung für die Arbeit in einer Volksbibliothek.¹⁴

Nicht immer zeigten die nationalsozialistischen Lenkungsversuche Erfolg, wie sich am Beispiel der Hausgehilfinnen zeigen lässt. Seit der Jahrhundertwende verzeichnete diese traditionell von Frauen ausgeführte Tätigkeit eine sinkende Zahl von Berufsanfängerinnen. Der Beruf der Hausgehilfin erfuhr propagandistisch zwar eine enorme Aufwertung im Dritten Reich, denn er galt nicht nur als Ideal für Frauen, sondern auch als besonders wichtig, um Familien mit Landwirtschaft und solche mit großer Kinderschar zu unterstützen. Für Mädchen, die ins Arbeitsleben einstiegen, war er aber nicht attraktiv. Zu den bestehenden Problemen der Hierarchie zu den Arbeitsgebern, der geringen Bezahlung sowie mangelnder Privatsphäre kam hinzu, dass die NS-Regierung die Hausgehilfinnen 1933 in der Sozialversicherung sehr schlecht gestellt hatte. Die Bemühungen der Berufsberatungsstellen, Interessentinnen zu werben, konnten daran wenig ändern. Schließlich sollten Dienstverpflichtungen und später die Rekrutierung von Zwangsarbeiterinnen den nach wie vor bestehenden Bedarf decken.

Die Vorstellung von der Komplementarität der Geschlechter, die im Nationalsozialismus vorherrschte, sicherte und eröffnete Frauen Arbeitsfelder, bisweilen sogar Karrierewege. Auch die nationalsozialistische Verfolgungspolitik förderte die Nachfrage nach weiblichem Personal, was sich beispielsweise in der Etablierung der weiblichen Kriminalpolizei niederschlug. Die Anfänge dieser Formation lagen noch in der Weimarer Republik. Vertreterinnen aus den Reihen der Frauenbewegung hatten dieses Reformprojekt initiiert, unter anderen Vorzeichen und mit anderen Zielsetzungen wurde es im Nationalsozialismus fortgeführt. 1933 stand die Zukunft der weiblichen Polizei zwar kurzzeitig zur Debatte, die Leitung der Weiblichen Kriminalpolizei konnte die Bedeutung ihrer Arbeit jedoch unter Beweis stellen. 1937 regelte Heinrich Himmler ihren Fortbestand per Erlass. Darin legte er zudem eine wichtige Basis für die Tätig-

13 Dagmar Jank, Wissenschaftliche Bibliothekarinnen im Nationalsozialismus, in: Michael Knoche (Hrsg.), Wissenschaftliche Bibliothekare im Nationalsozialismus: Handlungsspielräume, Kontinuitäten Deutungsmuster, Wiesbaden 2001, S. 27–35.

14 Helga Lüdtke, Mütter ohne Kinder: Volksbibliothekarinnen während der Weimarer Republik und dem Nationalsozialismus, in: dies. (Hrsg.), Leidenschaft und Bildung: zur Geschichte der Frauenarbeit in Bibliotheken, Berlin 1992, S. 67–93.

keit der Weiblichen Kriminalpolizei, denn diese war von da an immer hinzuzuziehen, wenn Frauen betroffen waren.¹⁵ Das geschlechterdifferente Denken sah Frauen als Expertinnen, wenn es um andere Frauen, aber auch wenn es um Kinder und Jugendliche ging. Als diese Gruppen im Dritten Reich mehr in den Fokus der Polizei rückten, war das relativ junge Berufsfeld der Polizistin gesichert.

Die Täterinnenforschung hat belegt, dass gute Verdienstmöglichkeiten, die Gewährung von Zulagen und hohes Ansehen SS und Polizei zu attraktiven Arbeitgebern für Frauen machten, vor allem für diejenigen, die keine Berufsausbildung vorweisen konnten (was beispielsweise für die Arbeit als Aufseherin im KZ explizit nicht verlangt war), sich aber dennoch einen sozialen Aufstieg wünschten.¹⁶ Sophie Gode mag solch ein Fall gewesen sein, als sie sich 1940 bei der Weiblichen Kriminalpolizei bewarb und im Oktober desselben Jahres als KZ-Aufseherin in Ravensbrück anfang. Sie verdiente zwar nur wenig mehr als in ihrer vorherigen Anstellung als Packerin, allerdings wurde ihr eine Dienstwohnung gestellt. Vor allem aber konnte die alleinstehende Mutter ihre zwei Töchter während ihrer Dienstzeiten betreuen lassen.¹⁷

2 Die Sonderstellung der weiblichen Arbeitskraft

Erwerbstätigkeit galt im Nationalsozialismus durchaus als frauengemäß. Mutterschaft wurde als höchstes Ziel erachtet, aber eines, das nicht alle Frauen anstrebten, insbesondere auch solche nicht, die höhere Funktionärinnenposten in NSF und DFW inne hatten. Mit Verweis auf den „Überhang“ von Frauen im heiratsfähigen Alter betonten Frauenorganisationen die Notwendigkeit, Ledige und Kinderlose in den Arbeitsmarkt einzubinden. Vereinzelt propagierten manche nationalsozialistische Autorinnen auch für Mütter eine Berufsausbildung als sinnvollen Bestandteil der weiblichen Biographie. Denn besonders die beruflich ausgebildete Frau galt ihnen als Garantin für die Erziehung von Kindern zu

¹⁵ Dirk Götting, Die „Weibliche Kriminalpolizei“: ein republikanisches Reformprojekt zwischen Krise und Neuorientierung im Nationalsozialismus, in: Wolfgang Schulte (Hrsg.), Die Polizei im NS-Staat: Beiträge eines internationalen Symposiums, Frankfurt a.M. 2009, S. 481–510.

¹⁶ Mailänder-Koslov, Gewalt, S. 97–100; Mühlenberg, SS-Helferinnenkorps, S. 81–82 u. 85.

¹⁷ Dazu: Hannah Synyia, „Eine rühmliche Ausnahme“? Die SS-Aufseherin Sophie Gode, in: Eva Schöck-Quinteros et al. (Hrsg.), „Was verstehen wir Frauen auch von Politik?“ Entnazifizierung ganz normaler Frauen in Bremen (1945–1952), Bremen 2011, S. 299–316, hier S. 302–303.

leistungsbereiten „Volksgenossen“.¹⁸ Erwerbsarbeit von Frauen diene also nicht als Mittel zur Selbstentfaltung sein, vielmehr sollte sie deren Familien- und Haushaltsrolle flankieren und unterstützen.

Die Frauenerwerbstätigkeit im Dritten Reich war weniger von Verdrängung als von einer zunehmenden geschlechtsspezifischen Aufteilung gekennzeichnet. In diese Richtung wirkte auch die Durchsetzung der Berufsschulpflicht im Dritten Reich. Flächendeckende Berufsausbildungsprogramme in der Industrie hatten die Gewerkschaften bereits zu Beginn der Weimarer Republik gefordert. Rechtskonservative Vertreter machten sich diese Idee schnell zu eigen und seit 1933 waren Befürworter in den Reihen der DAF zu finden. Spätestens mit dem Reichsschulpflichtgesetz 1938 bestand eigentlich Berufsschulpflicht für Absolventen von Volksschulen. Fast alle Jungen traten in Folge dessen in ein Lehrlingsverhältnis ein, nicht aber die Mädchen. Denn obwohl auch die Zahl der Plätze für weibliche Lehrlinge stiegen – von 84.000 1934/35 auf immerhin 357.000 1942/43 – lagen sie weit unter den Zahlen der Jungen. Nur etwa ein Viertel der Mädchen, die eine Ausbildung anstrebten, erhielten die Chance dazu, während fast neunzig Prozent der männliche Schulabgänger einen Lehrlingsvertrag unterschrieben.¹⁹ Die Berufsausbildung beförderte die soziale Mobilität männlicher Arbeiter, was zu einem Mangel an ungelernten Arbeitskräften führte. Diese Lücke füllten zunehmend Frauen, die als Personalressource für ungelernte Tätigkeiten ins Blickfeld der Unternehmer rückten.

Manche Forscher sprechen sogar von der Schaffung eines weiblichen „Rationalisierungsproletariats“ in den 1930ern, wobei die verstärkte Umstellung der Industrieproduktion auf tayloristische Arbeitsabläufe als ausschlaggebend gilt.²⁰ Das Arbeitswissenschaftliche Institut der DAF (AWI) erachtete den Einsatz von Frauen für die wachsende Zahl der Arbeitsplätze, die kleinteilige monotone Tätigkeiten verlangten, als zweckmäßig. Diese seien für solcherlei Arbeiten besonders geeignet, nicht nur wegen ihrer ausgeprägten „Monotoniefreudigkeit“, vielmehr hätten sie kein Interesse an Erwerbsarbeit, stünden dieser also gleichgültig gegenüber. Studien des AWI argumentierten, dass Frauen für die als sinnentleert

18 Elfriede Eggener, Die organische Eingliederung der Frau in den nationalsozialistischen Staat, Diss. Univ. Leipzig 1938, S. 21 u. 37ff. Vgl. auch: Pia Gerber, Erwerbsbeteiligung von deutschen und ausländischen Frauen 1933–1945 in Deutschland, Frankfurt a.M. 1996, S. 181–183.

19 John Gillingham, The „deproletarianization“ of German society. Vocational training in the Third Reich, in: JSocH 19 (1986), S. 423–432, hier S. 428.

20 Zur Rationalisierungsstrategie im fordistischen Produktionsregime: Adelheid von Saldern/Rüdiger Hachtmann, „Gesellschaft am Fließband“. Fordistische Produktion und Herrschaftspraxis in Deutschland, in: ZHF Online-Ausgabe, 6 (2009) 2, [<http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Hachtmann-Saldern-2-2009>], eingesehen 7.2.2014.

betrachteten Tätigkeiten am Fließband auch deswegen in Frage kamen, weil sie ihre Selbstentfaltung bereits im Bezugskreis Familie und Haushalt fänden.²¹ Sie begründeten damit nicht nur eine folgenschwere Teilung des Arbeitsmarktes in einen qualifiziert-männlichen und einen unqualifiziert-weiblichen Bereich, sondern auch eine enge Kopplung weiblicher Erwerbsarbeit an Familienarbeit.²²

Ein Indikator für die immer größer werdenden Schere zwischen den Bedingungen für männliche und weibliche Erwerbstätige ist die Lohnentwicklung. Tendenziell wuchsen die geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede während des Dritten Reiches. Qualifikationsstufen, Halbtagsarbeit und fehlende Zuschläge drückten den durchschnittlichen Lohn von Frauen.²³ Zwar gab es immer wieder Versuche in einzelnen Branchen, beispielsweise der Ziegelindustrie, die Löhne von Frauen, denen von Männern anzugleichen allerdings mit dem Ziel, die Anstellung von für Unternehmer billigen Arbeitskräften zu verhindern.²⁴ Während des Krieges rückten Frauen zudem in bisher für sie unzugängliche Positionen und damit in der Regel in bessere Lohngruppen vor. Davon profitierten allerdings nur wenige Frauen, denn eine flächendeckende Verbesserung blieb aus. Das Arbeitswissenschaftliche Institut der DAF kritisierte 1940 zwar in einer Denkschrift, die Benachteiligung von Frauen, ging aber weiterhin von Lohnungleichheiten der Geschlechter aus, die sie mit der vermeintlich geringeren Leistungsfähigkeit weiblicher Arbeitskräfte rechtfertigte.²⁵ Wenn in den Opelwerken 1940 ein Produkt mit 50 oder 75 Pfennig vergütet wurde – abhängig davon, ob ein Mann oder eine Frau es hergestellt hatte –, war dies also keine Ausnahme.²⁶

Neben Lohn- und Qualifikationsunterschieden markierten vor allem die Schutzbestimmungen eine Sonderstellung von Frauen im Erwerbsleben. Festge-

21 Annemarie Tröger, Die Planung des Rationalisierungsproletariats. Zur Entwicklung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und des weiblichen Arbeitsmarktes im Nationalsozialismus, in: Annette Kuhn/Jörn Rüsen (Hrsg.), Frauen in der Geschichte II. Fachwissenschaftliche und fachdidaktische Beiträge zur Sozialgeschichte der Frauen vom frühen Mittelalter bis zur Gegenwart, Düsseldorf 1984, S. 245–313, hier S. 266–271.

22 Michelle Mouton, From Nurturing the Nation to Purifying the Volk: Weimar and Nazi Family Policy, 1918–1945, Cambridge 2007, S. 153.

23 Rüdiger Hachtmann, Industriearbeit im „Dritten Reich“. Untersuchungen zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland 1933–1945, Göttingen 1989, S. 136.

24 Z. B.: Monatsbericht der Reichstreuhand der Arbeit vom Mai 1937, in: Timothy W. Mason (Hrsg.), Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936–1939, S. 335.

25 „Zur Problematik der Reichslohnordnung“ vom Dezember 1940, in: ebd., S. 824–825.

26 „Frauen, welche ein Hauswesen zu versorgen haben, werden nicht angenommen“. Frauendarbeit in den Opelwerken 1880 bis 1945, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 44 (1999), S. 172–195, hier S. 192.

legte Maximalarbeitszeiten, Nachtarbeitsverbot und Schutz von Schwangeren regelte bereits die Gewerbeordnung von 1891, in der Weimarer Republik wurden die Bestimmungen ausgeweitet. Im Nationalsozialismus erfolgte eine erneute Weiterentwicklung, wobei die Gewährung der verbesserten Leistungen nun rassistisch-eugenischen Kriterien folgte. Während es zunächst keine gesetzlichen Reformen gab, wirkte vor allem die DAF auf eine Ausweitung des Mutterschutzes in einzelnen Betrieben hin. Die Vertrauensfrauen des Frauenamtes der DAF hatten eine wichtige Funktion, weil sie auf die Einhaltung der Schutzregelungen achteten, indem sie verhinderten, dass Krankenkassen und Arbeitgeber zustehende Leistungen kürzten.²⁷ Erst im Mai 1942, vor dem Hintergrund der forcierten Mobilisierungsanstrengungen, erließ die NS-Führung das „Gesetz über den Schutz der erwerbstätigen Mutter“. Dieses stärkte den Kündigungsschutz und sah eine signifikante Erhöhung des Wochengeldes, das fortan der Höhe des vollen Lohnes – zuvor war es die Hälfte – entsprach. Besonderen Schutz genossen stillende Mütter, die einem zwölf- statt sechswöchigen Beschäftigungsverbot unterlagen und denen die Betriebe bei Wiederaufnahme der Erwerbsarbeit festgelegte Stillzeiten einräumen mussten. Erstmals erhielten nicht oder nur dürftig sozialversicherte Gruppen wie Hausgehilfinnen, Heimarbeiterinnen und Frauen in der Landwirtschaft Anspruch auf Mutterschutzleistung. Zunächst blieb dies jedoch lediglich eine formale Regelung, die während des Krieges nicht mehr umgesetzt wurde. Diese Ausweitung war allerdings richtungsweisend und wurde im Mutterschutzgesetz von 1952 aufgenommen.²⁸

Das NS-Regime stärkte die Verbindlichkeit des Mutterschutzes, zum einen durch Absicherung wie den vollen Lohnausgleich, aber auch durch Verbote und Kontrolle. Bezieht man weitere Regelungen wie z. B. die Einführung des Hausarbeitstags ein, zeigt sich die Integration der Familien- und Hausarbeit in die Erwerbsarbeit als bestimmender Trend im Dritten Reich.²⁹ Mehr als bei Männern bestimmte bei Frauen die (potentielle) Funktion in der Familie die Bedingungen der Erwerbsarbeit, dies galt überwiegend selbst für diejenigen, die ungebunden waren.

²⁷ Z. B.: Akten der Parteikanzlei, Regest 21799, Bl. 6701–6703, Tätigkeitsbericht des Frauenamtes der DAF für November 1937 vom 14.12.1937.

²⁸ Dazu: Cosima König, *Die Frau im Recht des Nationalsozialismus. Eine Analyse ihrer familien-, erb- und arbeitsrechtlichen Stellung*, Frankfurt a.M. 1988, S. 210–213. Vgl. auch: Gesetz zum Schutze der erwerbstätigen Mutter vom 24.1.1952, in: BGBl. I, S. 69–74.

²⁹ Carola Sachse, *Der Hausarbeitstag. Gerechtigkeit und Gleichberechtigung in Ost und West, 1939–1994*, Göttingen 2002, S. 45; Robert G. Moeller, *Protecting Mother's Work: From Production to Reproduction in Postwar West Germany*, in: JSocH 22 (1989), S. 413–437, hier S. 418.

3 Entprivatisierte Hausarbeit

Tim Mason vertrat die These, dass sich die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts zu beobachtende Verbreitung des Modells der Hausfrauenehe im Nationalsozialismus fortsetzte, wenn nicht gar verstärkte.³⁰ Aus dem allgemeinen Trend stach die Zeit des Nationalsozialismus in dieser Hinsicht nicht hervor. Durchaus neu war jedoch die staatlich forcierte Entprivatisierung der Hausfrau bzw. Haus- und Familienarbeit. Zwar lässt sich in Deutschland bereits vor dem Ersten Weltkrieg eine starke Politisierung und Nationalisierung von Hausarbeit nachweisen, bei der diese als wichtiger Faktor der Volkswirtschaft erkannt wurde.³¹ Das NS-Regime schuf jedoch Strukturen, Hausfrauen nicht nur propagandistisch zu mobilisieren, sondern auch direkt zu erfassen.

Wichtiges Instrument hierfür waren die NS-Frauenorganisationen, allen voran das Deutsche Frauenwerk. Dieses war aus der Gleichschaltung bestehender nichtjüdischer Frauenvereine und -gruppen hervorgegangen. Viel mehr als bisher führte Haus- und Familienarbeit die Frauen hinaus aus ihren vier Wänden. Zwei Millionen besuchten die Mütterschulen des Deutschen Frauenwerkes, um Kurse in Haushaltsführung und Säuglingspflege zu absolvieren.³² Vor allem im Krieg trommelten die NS-Frauenschaften ihre Mitglieder zusammen, um gemeinsam Arbeiten zu verrichten, wie z. B. zu so genannten Näh- und Stopfnachmittage. Hausarbeit fand hier gemeinschaftlich statt, und dies wurde auch herausgestellt.³³

Das DFW unterstrich die Rolle der Frauen als Konsumentin, deren Wissen genutzt und deren Verbrauchsverhalten gesteuert werden sollte. Als Mitglied der „Arbeitsgemeinschaft für Verbrauchslenkung“ unter Leitung der Vierjahresplanbehörde hatte es die Aufgabe über die Angebote ihrer Abteilung Hauswirtschaft/Volkswirtschaft Einfluss auf die Hausfrauen als Verantwortliche für den alltäglichen Einkauf auszuüben. Hierfür standen vor allem Einrichtungen wie Lehrküchen und hauswirtschaftliche Beratungsstellen zur Verfügung. Die NS-Frauenorganisationen griffen zudem auf das Wissen der Hausfrauen über

30 Mason, *Women*, S. 190.

31 Nancy R. Reagin, *Sweeping the German Nation. Domesticity and National Identity in Germany, 1870–1945*, New York 2007, S. 72ff.

32 Susanna Dammer, *Kinder, Küche, Kriegsarbeit. Die Schulung der Frauen durch die NS-Frauenschaft*, in: Frauengruppe Faschismusforschung (Hrsg.), *Mutterkreuz und Arbeitsbuch. Zur Geschichte der Frauen in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus*, Frankfurt a.M. 1981, S. 215–245, hier S. 234–236.

33 Staatsarchiv Würzburg (künftig: StA Würzburg), NSDAP 1059, Monatsbericht der Ortsgruppe der NSF und DFW Stockheim vom Januar 1943.

Produkte und Preise zurück und leiteten es an andere Parteistellen weiter: sei es im Auftrag von Robert Ley in seiner Funktion als Reichskommissar für den sozialen Wohnungsbau oder für die Zwecke der Preisüberwachung, die der Reichskommissar für Preisbildung organisierte.³⁴ Auch der Reichskommissar für Preisbildung hatte das Expertenpotential der Hausfrauen erkannt, die bei der seit 1936 laufenden Preisüberwachung mitwirken sollten.

Die Professionalisierung der Hausarbeit zeigte sich schließlich auch mit der Einführung des Diploms der „Meisterin der Hauswirtschaft“. Wer ein solches haben wollte, musste nachweisen, fünf Jahre lang einen Haushalt geführt zu haben, und konnte sich dann für einen zweijährigen Lehrgang anmelden. Die NS-Frauenorganisationen zeigten selbst großes Interesse an den hauswirtschaftlichen Profis. Die „Meisterhausfrauen“ wurden bevorzugt für die Arbeit in Beratungsstellen und für Massenverpflegungseinsätze im Krieg herangezogen; für beides waren sie ausgebildet worden.³⁵

Effiziente Haushaltsführung war jedoch nicht nur für eine Elite von Hausfrauen gedacht, vielmehr ging es um die Rationalisierung aller Haushalte. Impulse hierfür gingen von der im November 1936 gegründet „Reichsstelle für hauswirtschaftliche Forschungs- und Versuchsarbeit“ aus, die wissenschaftliche Studien sammelte und in Auftrag gab, um Arbeitsabläufe und den Einsatz von Haushaltsgeräten zu verbessern. In Leipzig führte die eigens dafür eingerichtete Versuchsstelle Tests durch, um Fragen wie z. B. der Waschbarkeit von bestimmten Stoffen zu beantworten.³⁶ Ähnlich wie das AWI Arbeiter und ihre Tätigkeit studierte, wurden auch die Hausfrauen in den 1930er Jahren zu einem Objekt der Wissenschaft. Das Ziel wirtschaftlicher Autarkie und später die Mobilisierung für den Krieg trieben die Erforschung der Hausarbeit voran. Methoden wie Umfragen und Berichtsdocumentationen erschlossen und quantifizierten, was Frauen in ihren vier Wänden leisteten. Wissenschaftler dokumentierten in ihren Daten die gesellschaftliche Bedeutung der Hausarbeit.

34 Akten der Partei-Kanzlei Regest 21799, Bl. 7355, Monatsberichts der Reichsfrauenführung für Juli–September.

35 Ebd., Bl. 6619, Monatsbericht für März/April 1936 der Reichsfrauenführung; Deutsches Frauenschaffen im Kriege. Jahrbuch der Reichsfrauenführung 1941, hrsg. v. der Reichsfrauenführung, Dortmund 1941, S. 49. Manche „Meisterhausfrau“ empfahl sich mit dieser Ausbildung noch in den 1950er Jahren für die Tätigkeit in Verbraucherberatungsstellen: Helga Brennecke, Wandlungen der Verbraucherinformation, in: Erich Egner (Hrsg.), Aspekte des hauswirtschaftlichen Strukturwandels, Berlin 1967, S. 167–183.

36 Akten der Partei-Kanzlei Regest 21799, Bl. 6722, Monatsbericht für November/Dezember 1936 der Reichsfrauenführung. Vgl. z. B.: Hauswirtschaftliche Jahrbücher. Berichte für Hauswirtschaft in Wissenschaft und Praxis vom Januar 1939.

Ein weiterer Baustein zur Entprivatisierung der Hausarbeit war deren Kopplung an ein staatliches Belohnungs- und Gratifikationswesen. Die NS-Frauenorganisationen richteten ihre Zuwendungen, die sie „Volksgenossinnen“ zukommen ließen oder verwehrten, immer auch daran aus, wie sie deren Leistungen in Haus und Familie bewerteten. Ein explizites Gratifikationsinstrument für Haus- und Familienarbeit wurde im Dezember 1938 mit dem Ehrenkreuz für deutsche Mütter eingeführt, dessen Verleihung durch NS-Organisationen und kommunalen Behörden nach rassistisch-weltanschaulichen Kriterien begutachtet wurde. Hinzu kam, darauf hat Michelle Mouton verwiesen, dass viele der Gutachten, insbesondere solche von Fürsorgerinnen geschriebene, sich an einem bürgerlichen Familienideal orientierten, das viele Arbeiterfamilien mit den Ressourcen, die ihnen zur Verfügung standen, gar nicht erfüllen konnten.³⁷ Etwa fünf Prozent der Vorgeschlagenen erhielten eine negative Bewertung. Die Auswirkung der Mutterkreuzverleihungen auf das Reproduktionsverhalten von Paaren ist von der Forschung als gering eingeschätzt worden, für die Frage nach der Anerkennung von Hausarbeit außerhalb des Privatbereichs war die Einführung dieses Belohnungsmittels jedoch von großer Bedeutung.

Eine Art Anerkennung stellten auch die Erholungsaufenthalte dar, die Mütter beantragen konnten. Zuständig hierfür war die Hilfsstelle Mutter und Kind der NSV, die Frauen in Einrichtungen, aber auch zu Verwandten verschickte. 1938 stieg die Zahl der verschickten Frauen auf über 77.000 an.³⁸ Freilich diente die Erholungsfürsorge nicht nur der Gesundheitsvorsorge, sondern auch der weltanschaulichen Unterweisung, für die der mehrwöchige Aufenthalt in Einrichtungen eine gute Gelegenheit bot.³⁹ Überdies verwies diese Maßnahme auf den Charakter der Familien- und Hausarbeit als kräftezehrende Tätigkeit, von der sich Frauen erholen müssen, um ihre Arbeitskraft zu erhalten. Dieser Gedanke setzte sich auch in der Nachkriegszeit fort und fand im Aufbau des Muttergenesungswerks 1950 Niederschlag.⁴⁰

Allerdings erfolgte die Anerkennung von Hausfrauen und der Wahrnehmung von Hausarbeit als Leistung meist auf der symbolischen und theoretischen Ebene. Eine materielle Aufwertung gab es kaum, obwohl es Ansätze dafür

³⁷ Mouton, Nation, S. 128.

³⁸ Herwart Vorländer, Darstellung und Dokumentation einer nationalsozialistischen Organisation, Boppard a. Rhein 1988, S. 67–68.

³⁹ Ebd.; Mouton, Nation, S. 189–191. Mouton beschreibt den Alltag in Erholungseinrichtungen und Konflikte, die es um die Frage nach dem Stellenwert weltanschaulicher Ausrichtung gab.

⁴⁰ Kim Carpenter, „For mothers only“: Mothers' convalescent homes and modernizing maternal ideology in 1950s West Germany, in: JSocH 34 (2001), S. 863–893, hier S. 863.

gab. Robert Ley wandte sich nach dem Inkrafttreten des Mutterschutzgesetzes 1942 an Martin Bormann und beklagte, dass sich dieses nur an berufstätige Frauen richte. Er mahnte eine dringende Erweiterung sozialpolitischer Prinzipien an: „Nach nationalsozialistischen Grundsätzen muss sich Sozialpolitik auf alle Volksgenossen erstrecken, ohne Rücksicht ob sie eine selbstständige oder unselbstständige Tätigkeit ausüben oder eine sonst wie für die Volksgemeinschaft wichtige Pflicht erfüllen, wie es bei den meist kinderreichen, im Haushalt, aber nicht berufstätigen Ehefrauen gerade in erster Linie der Fall ist.“⁴¹ Wäre Ley mit seiner Forderung durchgekommen, hätte dies eine Gleichstellung von Haus- und Familienarbeit mit der Erwerbsarbeit bedeutet. Ein solcher Schritt sollte in Deutschland ansatzweise erst in 1980er Jahren erfolgen, als der bundesdeutsche Gesetzgeber in die Rentenversicherung Kindererziehungszeiten einführte.⁴²

4 Krieg und Frauenarbeit

Blickt man auf die Zahlen, so änderte sich im Bereich der Erwerbsarbeit von deutschen nicht-jüdischen Frauen wenig. Das noch vor Kriegsbeginn ermittelte weibliche Arbeitskräftereservoir – Frauen ohne Kinder unter 14 Jahren und ohne Beschäftigung – von 3,5 Millionen konnte kaum mobilisiert werden. Die Zahl der erwerbstätigen „Volksgenossinnen“ stieg von Mai 1939 bis September 1944 nur von 14,6 auf 14,9 Millionen. Im Vergleich dazu konnte Großbritannien große Mobilisierungserfolge verzeichnen, was auch damit zu tun hatte, dass die weibliche Erwerbsquote vor 1939 wesentlich niedriger als in Deutschland lag.⁴³ Jedoch verbergen sich hinter den teils hochaggregierten Zahlen der Statistiken Entwicklungsdynamiken. Vier sollen hier angesprochen werden:

41 Akten der Parteikanzlei, Regest 26639, Bl. 8248, Robert Ley an Martin Bormann vom 20.8.1942.

42 Christiane Kuller, Soziale Sicherung von Frauen – ein ungelöstes Strukturproblem im männlichen Wohlfahrtsstaat. Die Bundesrepublik im europäischen Vergleich, in: AfS 47 (2007), S. 199–236, hier S. 217.

43 Jüngst hat dies erneut herausgestellt: Adam Tooze, *The Wages of Destruction. The Making and Breaking of Nazi Economy*, London 2006, S. 358–359. Allerdings relativiert sich die Differenz zwischen Deutschland und Großbritannien, was die weibliche Erwerbsquote vor dem Zweiten Weltkrieg betrifft, wenn man die unterschiedlichen Erfassungsweisen berücksichtigt, vor allem die Kategorie der „mithelfenden Familienangehörigen“, die 1907 in die deutsche Reichsstatistik eingeführt wurde. In den britischen Erhebungen wurden solche Erwerbsformen häufig nicht aufgenommen.

1. Zwar führten die Meldepflichtverordnung vom Januar 1943 und ihre Vorläufer kaum zu einer Steigerung der Gesamtzahl erwerbstätiger Frauen. Sie setzte aber großangelegte Erfassungsaktionen in Gang, an denen neben der Arbeitsverwaltung auch die Kreisleitungen sowie NS-Frauenschaften beteiligt waren. Bereits 1941 hatte das Reicharbeitsministerium angeordnet, Frauen vorzuladen, die ihre Arbeit mit Kriegsbeginn aufgegeben hatten. Zugleich schuf es einerseits Anreize, eine Arbeit aufzunehmen, indem der Lohn nicht auf den Familienunterhalt angerechnet wurde. Andererseits drohte Frauen, die sich weigerten, eine Arbeitsstelle anzutreten, die Kürzung sozialer Leistungen.⁴⁴ Die Erfassungsaktion vom Jahre 1943 griff demgegenüber viel weiter aus, da nun auch Frauen, die noch nie erwerbstätig waren, einbezogen wurden. Bis Kriegsende folgten weitere Versuche, Frauen in den Arbeitsmarkt einzugliedern, beispielsweise prüfte man ab Januar 1944, inwieweit Evakuierte einsatzfähig waren. Immer wieder kamen die Behörden zum ernüchternden Ergebnis, dass selbst diejenigen, die keine Kinder hatten, oft nicht dienstverpflichtet werden konnten, sei es dass sie den Betrieb ihres zum Militärdienst eingezogenen Mannes führten oder eine Nebenerwerbslandwirtschaft hatten, sei es dass sie Angehörige pflegen mussten. Nach Prüfung der Arbeitsverwaltung 1943 konnte nur die Hälfte der erfassten Frauen eingesetzt werden und nur ein Fünftel stand ganztags zur Verfügung.⁴⁵ Am politischen Willen, mehr Frauen in den Arbeitsmarkt zu bringen, fehlte es nicht. Auf der Ebene der Umsetzung taten sich jedoch Hindernisse auf.

An den Sitzungsprotokollen der mecklenburgischen Gauleitung zeigt sich, dass es das Zusammenspiel vieler Akteure war, das zum mäßigen Erfolg der Dienstverpflichtung beitrug. Gauleiter Friedrich Hildebrandt mahnte immer wieder zur Rücksicht gegenüber den Frauen, vor allem verheirateten mit Kindern und älteren. Die Ausnahmeregelungen der Meldepflichtverordnung legte er sehr weit aus, so dass in seinem Gau Frauen, deren Männer im Tag-Nacht-Schichtdienst arbeiteten, nicht herangezogen wurden.⁴⁶ In den Protokollen wird auch die Rolle der Betriebsleiter thematisiert, denen Hildebrandt eine große Mitverantwortung für die Schwierigkeiten beim Einsatz der Frauen zusprach. Die Ein-

⁴⁴ Ludwig Eiber, Frauen in der Kriegsindustrie. Arbeitsbedingungen, Lebensumstände und Protestverhalten, in: Martin Broszat et al. (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. III: Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt: Teil B, München/Wien 1981, S. 569–644, hier S. 578–579.

⁴⁵ Roland Peter, Rüstungspolitik in Baden: Kriegswirtschaft und Arbeitseinsatz in einer Grenzregion im Zweiten Weltkrieg, München 1995, S. 319–322.

⁴⁶ Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses vom 22.1.1943, in: Michael Buddrus, Mecklenburg im Zweiten Weltkrieg. Die Tagungen des Gauleiters Friedrich Hildebrandt mit den NS-Führungsgremien des Gaues Mecklenburg 1939–1945. Eine Edition der Sitzungsprotokolle, Bremen 2009, S. 495.

arbeitung neuer Arbeitskräfte, von denen einige noch nie zuvor in Fabriken gearbeitet hatten und die zudem aufgrund von Schutzvorschriften nicht voll einsetzbar waren, führte dazu, dass Unternehmen auf die Anstellung von Frauen wenn möglich verzichteten. Halbtagsarbeit lehnten ohnehin viele ab, denn diese machte Umstellungen im Betriebsablauf notwendig.⁴⁷ Betriebsleiter bevorzugten letztlich ausländische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen, weil sie bei diesen ein rigides Arbeitsregime durchsetzen konnten. Die zögerliche Heranziehung von Frauen hatte also nicht nur etwas damit zu tun, dass diese besonders geschont werden sollten, sondern mit der Ausbeutungslogik im Krieg. Kurzum: Die dienstverpflichtete Frau war in den Augen der Unternehmer nicht sonderlich attraktiv.

2. Zu den Bewegungen in der Erwerbstätigenstatistik trugen auch diejenigen bei, die ihre Arbeit nach Kriegsbeginn niederlegten. Bis Mai 1941 war es immerhin eine halbe Million Frauen, die meisten davon waren Ehefrauen, deren Männer in die Wehrmacht eingezogen worden waren. Sie erhielten bis zu 85 Prozent des letzten Nettoeinkommens des Ehemannes unabhängig von dessen Sold.⁴⁸ Die meisten Familien hatten dadurch ein höheres Einkommen als zuvor. Auch andere Sozialleistungen wirkten in diese Richtung. Ähnliches galt aber auch für die Kriegswitwenversorgung. Besonders deutlich zeigte sich dies bei der so genannten Bräuteversorgung, also der Versorgung von (noch) nicht verheirateten weiblichen Hinterbliebenen. Sie konnten im Zweiten Weltkrieg erstmals Ansprüche auf Hinterbliebenenleistungen erheben.⁴⁹ Finanziell war einigen von ihnen (wie auch den Familienunterhaltsberechtigten) damit die Aussicht eröffnet worden, sich für die Niederlegung der Erwerbsarbeit und das Dasein als Hausfrau entscheiden zu können.

Der letzte bisher wenig beachtete Faktor, der das Modell der Nur-Hausfrau stärkte, war die Evakuierung und Umquartierung aus den luftkriegsbedrohten Städten. Möglichkeiten, einer Erwerbsarbeit nachzugehen, waren sehr begrenzt, denn in den meist agrarisch geprägten Aufnahmegebieten gab es kaum Arbeitsplätze, vor allem kaum solche, die zu den Qualifikationen der evakuierten Frauen aus der Stadt passten. In den Kriegsjahren wurde diese Problematik kaum thematisiert, finanzielle Notlagen der Evakuierten konnte der Räumungsfamilienunterhalt abfedern, den die Aufnahmegemeinden auszahlten. In der Nachkriegszeit sah es anders aus. Jährlich berichtete das Evakuiertenamt der Stadt

⁴⁷ Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses vom 15.3.1943, in: ebd. S. 637.

⁴⁸ Birthe Kundrus, *Kriegerfrauen. Familienpolitik und Geschlechterverhältnisse im Ersten und Zweiten Weltkrieg*, Hamburg 1995, S. 285–287.

⁴⁹ Bundesarchiv, Abteilung Militärarchiv Freiburg, RW 16/87, Erlass des OKW über die Hinterbliebenenversorgung für Bräute von gefallenem oder im Felde verstorbenen Soldaten vom 12.1.1942.

Nürnberg über Zahl und Lage der so genannten „Außenbürger“. Neben den Alten waren es vor allem alleinstehende Frauen mit minderjährigen Kindern, die in den Aufnahmeorten festsaßen. Die Rückkehr in die Städte hing vom Nachweis eines Vollzeit-Arbeitsplatzes ab, was für Frauen mit Kindern ausgeschlossen war. Auf dem Land, so ging es aus ihren Briefen an das Evakuiertenamt hervor, hatten sie aber noch nicht einmal die Gelegenheit, eine Nebentätigkeit aufzunehmen, um ihren Lebensunterhalt zumindest teilweise zu erwirtschaften.⁵⁰ Evakuierte Frauen wurden auf diese Weise zu Fürsorgeklienten gemacht. In anderen Landesteilen war die Situation ganz ähnlich.⁵¹ Für Frauen, die vorerst nicht wieder in ihre Heimatstädte zurückkehren konnten, führte die Evakuierung auf lange Sicht in strukturelle Arbeitslosigkeit und Armut.

3. Dass Frauen nicht erwerbstätig waren, bedeutete noch nicht, dass sie sich ausschließlich auf den eigenen Haushalt und die eigene Familie konzentrierten. Der Umfang unbezahlter (außerhäuslicher) Tätigkeiten nahm im Krieg enorm zu. Ob es um die Germanisierungspolitik im Osten, die Betreuung der Evakuierten durch die NSV oder die Tätigkeiten des Roten Kreuzes ging, überall war der Einsatz von Frauen sehr gefragt. Bei Kriegsbeginn waren etwa eine Million der Mitglieder von NS-Frauenschaft und Deutschem Frauenwerk als Funktionärinnen (Ortsgruppenleiterinnen, Kinder- bzw. Jugendgruppenleiterinnen, Abteilungsleiterinnen) aktiv.⁵² 98 Prozent der Posten, die in der NSF bzw. im DFW zur Verfügung standen, waren ehrenamtlich.

Der Bereich der unbezahlten Arbeit wird meist vernachlässigt, wenn es um die Frage geht, inwieweit Frauen in Deutschland für die Kriegsarbeit mobilisiert wurden. Freilich war der zeitliche Umfang meist wesentlich geringer als der einer regulären Beschäftigung. Gerade das flexiblere Zeitformat der unbezahlten „ehrenamtlichen“ Arbeit, dürfte auch Frauen, die eine Vollzeiterwerbstätigkeit ablehnten, veranlasst haben, sich zu engagieren. Der Nachweis regelmäßigen ehrenamtlichen Engagements konnte helfen, eine drohende Dienstverpflichtung abzuwenden.⁵³

⁵⁰ Stadtarchiv Nürnberg, C 44 Nr 304, Bericht über die Evakuiertenfürsorge des Evakuiertenamtes Nürnbergs, o.D. [ca. 1950]; ebd., Bericht „Fürsorge für Evakuierte der Stadt Nürnberg im Jahre 1954.

⁵¹ Gregory Schroeder, *Ties of Urban Heimat: German cities and their wartime Evacuees in the 1950s*, in: GSR 27 (2004), S. 307–324.

⁵² Deutsches Frauenschaften im Kriege. Jahrbuch der Reichsfrauenführung 1941, hrsg. v. der Reichsfrauenführung, Dortmund 1941, S. 5.

⁵³ StA Würzburg, NSDAP 1020, Gausachbearbeiterin, Abteilung Organisation und Personal, an NSDAP-Gauleitung Mainfranken, Gaupersonalamt. Auch: Peter, Rüstungspolitik, S. 317–318.

In der Zunahme und Bedeutung der unbezahlten Tätigkeiten zeigt sich ein Merkmal des Nationalsozialismus. Frauen, egal ob erwerbstätig oder nicht, verbrachten ihre Freizeit nach getaner Haus- bzw. Erwerbsarbeit damit weiterzuarbeiten. Diese ständige Betriebsamkeit entsprach dem in Partei und NS-Organisationen angewandten Prinzip, die Einbindung in den Nationalsozialismus über gemeinsames Handeln und gemeinsame Erlebnisse zu fördern. Im Krieg entwickelte sich Aktivität zum zentralen Distinktionsmerkmal innerhalb der „Volksgemeinschaft“.⁵⁴

4. Einige Entwicklungsdynamiken erschließen sich erst, wenn man eine zeitlich längere Perspektive wählt. Die Halbtagsarbeit hatte sich während des Krieges zwar nicht durchgesetzt, erst in der Nachkriegszeit bildete sie sich als gängiges Erwerbsmodell für verheiratete Frauen heraus. Die Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg wirkten in zweifacher Weise nach: Zum einen registrierte die Arbeitsverwaltung eine teils ablehnende Haltung bei den Frauen, assoziierten diese doch die Dienstverpflichtungen mit der Teilzeitarbeit. Zum anderen konnten Arbeitsämter in den 1960er Jahren, als sie zur gezielten Rekrutierung übergingen, auf erprobte Methoden zurückgreifen.⁵⁵

Als Erfahrungsfeld lässt sich die Kriegsmobilisierung auch beschreiben, wenn man alltagsgeschichtlich argumentiert. Anfang der 1980er Jahre wurden Frauen befragt, die während des Krieges in Schreibbüros der Thyssen-Hütte in Duisburg-Hamborn eingezogen worden waren. Hier arbeiteten 1937 unter den kaufmännischen Angestellten nur zwei Prozent Frauen, im Juli 1940 lag der Anteil bei 19 Prozent und im Januar 1945 bei fast 50 Prozent.⁵⁶ Einige derjenigen, die dort als Bürogehilfin eine Tätigkeit aufnahmen, hatten vorher keine Ausbildung absolviert. Nun stand ihnen der Weg für eine Lehre offen. Dabei wird deutlich, dass die Frauen die Kriegsarbeit nicht nur als Arbeit, sondern auch als Beruf begriffen, wozu vor allem die Möglichkeit zur Ausbildung beitrug. Dies führte zu einer stärkeren Identifizierung mit der Tätigkeit, was sich ebenfalls im Wunsch nach dauerhafter Beschäftigung – unabhängig vom Familienstatus – ausdrückte. Zwar mussten viele Frauen nach dem Krieg zunächst einmal wei-

⁵⁴ Armin Nolzen, Inklusion, Exklusion und Distinktion im „Massenstaat“: Das Beispiel NSDAP, in: Frank Bajohr/Michael Wildt, Volksgemeinschaft. Neue Perspektiven auf die Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt a.M. 2009, S. 60–77.

⁵⁵ Christine von Oertzen, Teilzeitarbeit und die Lust am Zuverdienen. Geschlechterpolitik und gesellschaftlicher Wandel in Westdeutschland 1948–1969, Göttingen 1999, S. 35–36 u. 259–261.

⁵⁶ Dazu und im Folgenden: Margot Schmidt, Krieg der Männer – Chance der Frauen? Der Einzug von Frauen in die Büros von Thyssen AG, in: Lutz Niethammer (Hrsg.), „Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll“. Faschismuserfahrung im Ruhrgebiet, 2. Aufl. Bonn 1986, S. 133–162.

chen, mit Ausnahme derer, die eine Ernährerfunktion innehatten. Als man in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs jedoch erneut Frauen in die Betriebe holte, waren die ehemaligen Kriegsarbeitskräfte die ersten, die angeworben wurden.

5 Fazit

Schon Ende des 19. Jahrhunderts hat die proletarische Frauenbewegung auf die Abhängigkeit weiblicher Lohn- von Hausarbeit hingewiesen und bezog damit den Reproduktionsbereich neben den ökonomischen Produktionsverhältnissen in die Auseinandersetzung um Klasse mit ein.⁵⁷ Ein integrierter Zugriff ergibt sich aus den historischen Gegebenheiten selbst. Als Untersuchungsperspektive macht er vor allem die Interdependenzen sichtbar. So erklärt sich die zögerliche Haltung der NS-Führung, die Melde- und Dienstpflicht der weiblichen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg durchzusetzen, unter anderem mit Blick auf die Aufwertung der Hausarbeit und die Heranziehung von Frauen für ehrenamtliche Tätigkeiten. Mütter, die Kinder versorgten, oder Amtsträgerinnen in NS-Organisationen standen im Krieg nicht als Reserve auf Abruf bereit, sie hatten eine Beschäftigung. Die Anerkennung der Leistung der Hausfrau begründete wiederum den Ausbau der Sonderstellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, die ihnen – wenn auch begrenzt – Raum für die Aufgaben in der Familie gab.

Die Zusammenschau von Erwerbs- und Hausarbeit zeigt jedoch auch wie unterschiedlich innovativ das NS-Regime in den beiden Sphären wirkte. Die Aufteilung des Arbeitsmarktes entlang der Geschlechtergrenze und die zunehmend auch rechtlich konstruierte Sonderstellung von Frauen hatten sich schon vor 1933 abgezeichnet. Die NS-Führung trieb diese Entwicklungen voran, freilich mit teils eigenen Begründungslogiken. Die großzügige Ausweitung des Mutterschutzes 1942 erfolgte zu einem Zeitpunkt, als pronatale Maßnahmen wichtiger denn je erschienen und die Besserstellung der „Volksgenossinnen“ mit der Diskriminierung und Ausbeutung von Zwangsarbeiterinnen einher ging.

Mit der durch Staat und Partei betriebenen Aufwertung, Professionalisierung und damit auch Entprivatisierung der Haus- und Familienarbeit hebt sich die Zeit des Nationalsozialismus hingegen von bisherigen Entwicklungen ab. Ob und inwieweit daraus Langzeiteffekte folgten wäre eine lohnende Untersuchungsperspektive. Indizien, dass es solche gab, liefern beispielsweise die Er-

⁵⁷ Kathleen Canning, *Gender and the Politics of Class Formation. Rethinking German Labor History*, in: AHR 97 (1992), S. 736–768, hier S. 763.

holungseinrichtungen für Mütter, die in der frühen Nachkriegszeit aufgebaut wurden. Aber auch auf dem Gebiet der Sozialpolitik finden sich Spuren, vor allem dort, wo es um die Berücksichtigung der *care*-Arbeit ging, die im auf die Erwerbsarbeit zentrierten Wohlfahrtsstaat zunächst ausgeblendet war. 1957 erfolgte z. B. die Herabsetzung des Rentenalters für Frauen mit Verweis auf deren Doppelbelastung, wobei in der parlamentarischen Diskussion das Argument der besonderen Herausforderungen im Krieg und die Vorstellung von Haus- und Familienarbeit als „Überlebensarbeit“ eine wichtige Rolle spielten.⁵⁸

Für eine Grundfrage der Geschlechtergeschichte nämlich die nach dem Verhältnis von Arbeit und Emanzipation deutet sich eine eher ernüchternde Einsicht an. Marktpolitisch und wohlfahrtsstaatlich war die Erwerbsarbeit von Frauen derart reguliert, dass sie weder ökonomische noch rechtliche Unabhängigkeit bot. In ihrer Ergänzungsfunktion für männliche Lohnarbeit war sie ihres emanzipatorischen Potentials weitgehend beraubt.

⁵⁸ Ulrike Haerendel, Geschlechterpolitik und Alterssicherung. Frauen in der gesetzlichen Rentenversicherung von den Anfängen bis zur Reform 1957, in: Deutsche Rentenversicherung (2007), S. 99–124, hier S. 119.